



Mitteilung

Berlin, den 15. Juni 2017

**Die 90. Sitzung des Ausschusses für
Menschenrechte und humanitäre Hilfe
findet statt am
Mittwoch, dem 21. Juni 2017, 15:00 Uhr
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1
Paul-Löbe-Haus, Saal PLH E.300**

Sekretariat
Telefon: +49 30 227-33550
Fax: +49 30 227-36051

Sitzungssaal
Telefon: +49 30 227-30299
Fax: +49 30 227-36327

Achtung!
Abweichender Sitzungsort!

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Tagesordnungspunkt 1

Öffentliche Anhörung zum Thema:

**„Die menschenrechtliche Lage in Israel und den
Palästinensischen Autonomiegebieten“**

Dr. Matthias Zimmer, MdB
Vorsitzender



Geladene Sachverständige

Dr. Muriel Asseburg

Senior Fellow

Stiftung für Wissenschaft und Politik

Dr. Michael Borchard

Leiter Auslandsbüro Israel

Konrad-Adenauer-Stiftung

Jeff Halper

Israeli Committee Against House Demolitions (ICAHD)

Jonathan Heuberger

Rechtsanwalt, Experte für Völkerrecht und Völkerstrafrecht

Kerstin Müller

Leiterin Tel-Aviv Büros

Heinrich Böll Stiftung



Fragenkatalog der Fraktionen

I. Die Menschenrechte in Israel und den Palästinensischen Autonomiegebieten im internationalen Kontext

1. Israel ist als jüdischer und demokratischer Staat sowohl aufgrund seiner Geschichte sowie seiner geographischen Gegebenheiten innerhalb der Region Nahost in einer besonderen Situation. Welche Folgen ergeben sich daraus aus Ihrer Sicht auf das Verständnis und die Achtung der Menschenrechte insbesondere im Vergleich zu seinen Nachbarstaaten? (CDU/CSU)
2. Die islamistische Terrormiliz des sogenannten „Islamischen Staates“ bedroht auch und in besonders aggressiver Weise die Sicherheit der israelischen Bevölkerung. Sicherheit, Freiheit und die Achtung der Menschenrechte stehen in unmittelbarem Zusammenhang. Wie begegnet Israel dieser Bedrohung und welche Auswirkungen sind für die israelische Gesellschaft zu erwarten? (CDU/CSU)
3. Hat sich angesichts der dramatisch geänderten politischen Lage im gesamten Nahen Osten die Bedeutung gewandelt, welche die internationale Gemeinschaft dem klassischen Nahost-Konflikt zwischen Israel und Palästina beimisst, und wenn ja, welche Konsequenzen folgen daraus für den Friedensprozess und die Menschenrechte in Israel und Palästina? (SPD)
4. Wie schätzen Sie die (Nicht-)Fortschritte beim Wiederaufbau des Gazastreifens unter besonderer Berücksichtigung des „Gaza Reconstruction Mechanism“ und des Agierens der internationalen Gemeinschaft ein? (DIE LINKE.)
5. Welche Mitverantwortung für die Menschenrechtsverletzungen in den besetzten palästinensischen Gebieten liegt Ihrer Ansicht nach bei den USA und den EU-Mitgliedstaaten - sowohl auf politisch-diplomatischer Ebene als auch in Form von Rüstungsexporten und der Unterstützung israelischer Rüstungsprojekte sowie der Sicherheitskooperation zwischen Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde? (DIE LINKE.)
6. In welchem Verhältnis muss Ihrer Einschätzung nach Druck aus der israelischen und aus der palästinensischen Gesellschaft und Druck von außen stehen, damit eine Verbesserung der Menschenrechtslage erreicht werden kann? (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



II. Die Umsetzung von Menschenrechten in Israel und den Palästinensischen Autonomiegebieten

1. Welche Bedeutung wird dem Menschenrecht auf Religionsfreiheit in Israel beigemessen, welchen Status besitzen religiöse Minderheiten dort und wie wird das Menschenrecht auf Religionsfreiheit in den Palästinensischen Gebieten insbesondere gegenüber der dort lebenden arabischen christlichen Minderheit beachtet und umgesetzt? (CDU/CSU)
2. Welches sind die menschenrechtlich größten Probleme in den Justizsystemen Israels und Palästinas, und welches Instrumentarium steht der internationalen Gemeinschaft zur Verfügung, um die Rechtsstaatlichkeit in beiden Ländern zu stärken und das Los derer zu verbessern, die in die Mühlen der Justiz geraten sind? (SPD)
3. Mitte April sind über 1.000 Palästinenser in Protest gegen ihre Haftbedingungen in den Hungerstreik getreten. Wie schätzen Sie die Haftbedingungen für Palästinenser derzeit ein? Wie hoch ist der Anteil von Kindern und Jugendlichen vor allem seit Beginn der sogenannten Messer-Intifada an der Anzahl der palästinensischen Gefangenen? Wie sind ihre Haftbedingungen? Wie entwickelt sich die Zahl der sogenannten Häftlinge in Administrativhaft? (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

III. Rolle und Spielraum der Zivilgesellschaft

1. Wie bewerten Sie das restriktive NGO-Gesetz in Israel? Ist es ein Ausdruck dafür, dass das Recht auf Meinungs- und Vereinigungsfreiheit gefährdet ist und eine menschenrechtsbasierte demokratische Politik an Wert verliert? (SPD)
2. Wie schätzen Sie die Handlungsfähigkeit der israelischen Friedensbewegung bzw. von Menschenrechtsverteidigern in Israel vor dem Hintergrund von Angriffen sowohl durch die israelische Regierung als auch durch unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen sowie vor dem Hintergrund der in den letzten Jahren massiv verschärften und sich weiter verschärfenden gesetzlichen Lage ein? (DIE LINKE.)
3. Wie ist Ihre Einschätzung zu dem „Shrinking Space“ für Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger in der israelischen und in der palästinensischen Gesellschaft? (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)